

*
*
*
*
*
*
*

PETER SCHIER

Die Diskussion über politische Reformen und ihre Hintergründe*
*

Im Juli und August 1986 sind in den chinesischen Massenmedien eine Vielzahl von Artikeln zum Thema der "Reform des politischen Systems" (zhengzhi tizhi gaige) veröffentlicht worden. Darüber hinaus haben seit Mai dieses Jahres eine Reihe von wissenschaftlichen Konferenzen zu diesem Thema stattgefunden. Damit ist eine Diskussion wiederaufgenommen worden, die Ende 1980 auf Druck dogmatischer Kräfte eingestellt werden mußte.

Deng Xiaoping hatte bereits in einer Rede am 18. August 1980 auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros umfangreiche Vorschläge zur Reform des Führungssystems von Partei und Staat gemacht (Deng Xiaoping, "Über die Reform des Führungssystems der Partei und des Staates", in: ders., AUSGEWÄHLTE SCHRIFTEN (1975-1982), S. 345-372; siehe auch C.a., Oktober 1980, Ü 11). Diese Vorschläge, die damals von jüngeren Reformkräften euphorisch als "80er Reform" (gengshen gaige) begrüßt und konkretisiert wurden, sind bis heute jedoch nur zu einem kleinen Teil verwirklicht worden (vgl. C.a., November 1980, Ü 13). Hinzu kommt, daß die von Deng Xiaoping damals kritisierten Mißstände innerhalb des politischen Führungssystems - mit Ausnahme der lebenslangen Amtsdauer von Führungskadern - nach wie vor bestehen und teilweise sogar noch erheblich schlimmer geworden sind:

- Der Bürokratismus der Führungsorgane von Partei und Staat auf allen Ebenen.
- Die übermäßige Konzentration von Macht in den Händen der KPCh in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Der patriarchalische Arbeitsstil vieler Führungskader.
- Die übermäßigen Privilegien der Führungskader und der Amtsmißbrauch für private Zwecke.

Es ist bezeichnend für das bestehende politische System der VR China, daß es auch diesmal wieder eines Machtworts von Deng Xiaoping bedurfte, um das Thema der politischen Reform öffentlich debattieren zu können. Nach wie vor kann eine

Diskussion über kontroverse Themen in der Öffentlichkeit nur dann ohne Gefahr für die Beteiligten aufgenommen werden, wenn zumindest ein bedeutender Teil der politischen Führung dies ausdrücklich billigt.

In einer Rede auf einer Konferenz der Provinzgouverneure im April 1986 hatte Deng Xiaoping das Thema der politischen Reform erneut auf die politische Tagesordnung gesetzt. In dieser Rede wiederholte Deng im wesentlichen seine Ausführungen von August 1980, in denen er u.a. eine Beschränkung der Macht und der Einmischung der KPCh in die Arbeit der Regierungsorgane und der Wirtschaftsunternehmen gefordert hatte. Thema der Konferenz war die landesweite Einführung des Systems der alleinigen Verantwortung des Fabrikdirektors in den Unternehmen auf den unteren Ebenen (WEN HUI BAO, Hongkong, 21. u. 22.7.86, nach SWB, 25.7.86). Dieses System soll verhindern, daß sich die Parteisekretäre - wie früher - in die unternehmerischen Belange der Betriebe einmischen können. Die damit verbundene Entmachtung der Fabrikpartei-sekretäre, die von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Wirtschaftsreform ist, stellt gleichzeitig eine wichtige Veränderung im politischen System der VRCh auf den unteren Ebenen dar. Allerdings haben die bisherigen Erfahrungen mit diesem seit 1984 partiell und probeweise eingeführten System gezeigt, daß die Fabrikpartei-sekretäre unter Berufung auf die führende Rolle der Partei und auf die ihnen nach wie vor zugestandene Funktion der "Überwachung" nach wie vor willkürlich in das Betriebsmanagement eingreifen und in den meisten Fällen immer noch die eigentlichen Machthaber in den Betrieben sind (siehe u.a. AWSJ, 20.8.86). Sehr wahrscheinlich steht die erneute Forderung Deng Xiaopings nach Einschränkung der Allmacht der Partei im Zusammenhang mit diesen und anderen Problemen bei der Durchsetzung der Wirtschaftsreformen auf dem industriellen Sektor.

Eingeleitet wurde die öffentliche Diskussion über politische Reformen im Mai 1986 mit einer großen Anzahl von Artikeln über den "Hundert-Blumen-/Schulen-Kurs" freier Diskussionen in den Bereichen Wissenschaft und Kunst. Damals hatten reformorientierte Kräfte bereits gefordert, die Diskussionsfreiheit auch auf politische Fragen auszuweiten und damit zu einer Demokratisierung des bestehenden politischen Systems beizutragen (siehe u.a. C.a., Juni 1986, Ü 2). Sie konnten sich dabei auf ein Dokument der ZK-Propagandaabteilung berufen, in dem die Sozialwissenschaftler aufgefordert worden wa-

ren, mit alten theoretischen Tabus zu brechen und sich mit wirtschaftlichen und politischen Reformfragen zu beschäftigen. Gleichzeitig hatte die ZK-Propagandaabteilung versichert, daß die politische Führung freie Diskussionen zu diesem Thema befürworte. (WEN HUI BAO, Hongkong, 21. u. 22.7.86, nach SWB, 25.7.86)

In einem Gespräch mit Zhao Ziyang und anderen für die Wirtschaftspolitik zuständigen Politikern am 10. Juni 1986 lenkte Deng Xiaoping ein zweites Mal die Aufmerksamkeit auf die Frage der politischen Reformen, indem er das Schicksal der Reformpolitik mit der Reform des politischen Systems verband. Deng beklagte den Widerstand der Bürokratie gegen die Reform des industriellen Wirtschaftssystems: "Während ihr (d.h. die Reformkräfte) die Macht nach unten verlagert, gehen sie (d.h. die Vertreter der Industriebürokratie) nach unten und reißen die Macht wieder an sich. Es sind (zwar) eine Fülle von Gesellschaften hinzugekommen, (doch) in Wirklichkeit handelt es sich um von Beamten betriebene Organisationen (guanban jigou)." (ZUZHI RENSHI XINXI BAO, nach ZHENGMIN, September 1986, S. 8)

Am 20. Juni 1986 nahm Deng Xiaoping auf einer Konferenz über die Verbesserung des Arbeitsstils der Partei in einer weiteren Rede erneut zur Frage der politischen Reform Stellung. In dieser Rede vertrat Deng die Ansicht, daß die eigentlichen Ursachen der verschiedenen Phänomene von Korruption in den letzten Jahren im politischen System zu suchen seien. Ohne eine Reform des politischen Systems sei deshalb eine Beseitigung der Korruption und anderer übler Tendenzen innerhalb der Partei nicht möglich. Deng Xiaoping soll in dieser Rede sogar eine Einschränkung der Macht der KPCh gefordert haben denn - so Deng - uneingeschränkte Herrschaft sei die Quelle aller üblen Tendenzen (sic!). (WEN HUI BAO, Hongkong, 21. u. 22.7.86, nach SWB, 25.7.86)

Am 28. Juni 1986 wiederholte Deng Xiaoping auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros seine Einschätzung, daß "der letztendliche Erfolg oder Mißerfolg aller unserer Reformen von der Reform des politischen Systems entschieden wird" (ZUZHI RENSHI XINXI BAO, a.a.O., S. 15-16). Deng wies dabei vor allem auf den engen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsreform und der Reform des politischen Systems hin: "Die Reform des politischen Systems und die Reform des Wirtschaftssystems müssen sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Wenn man nur die Wirtschaftsreform durchführt und

die politische Reform unterläßt, kann man die Reform des Wirtschaftssystems nicht durchsetzen, da man dann vor allem auf den Widerstand von (bestimmten) Leuten stößt... So haben sehr viele (bürokratische) Einheiten die Form der Gesellschaften benutzt, um die nach unten (d.h. auf die Betriebsebene) verlagerte Macht wieder an sich zu reißen. Während wir die Verlagerung der Macht nach unten betreiben, reißen sie die Macht wieder an sich." (ebenda, S. 8) Dies habe die Initiative der Betriebe erlahmen lassen und sei ein Grund für das verlangsamte Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung. Deng forderte vor allem das ZK-Sekretariat auf, politische Reformvorstellungen zu entwickeln, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Als Gegenmaßnahmen empfahl Deng Xiaoping u.a. eine stärkere Trennung zwischen Partei und Regierung sowie eine erhebliche Reduzierung der Zahl der administrativen Organe und der Verwaltungskader. An der Führungsrolle der KPCh im politischen Leben Chinas sollte nach Ansicht Dengs jedoch nicht gerüttelt werden - vielmehr ginge es darum, die übermäßige Einmischung der Partei in verschiedenen Bereichen abzustellen. (ebenda, S. 15)

Für die Entscheidung Deng Xiaopings, die Reform des politischen Systems erneut auf die politische Tagesordnung zu setzen, gibt es mehrere gute Gründe:

- Die Durchsetzung der Wirtschaftsreformen im Bereich der Industrie ist bisher sehr häufig auf Widerstand gestoßen, da politische und wirtschaftliche Entscheidungsbefugnisse noch immer nicht sauber getrennt worden sind. Nach wie vor haben die verschiedenen Industrie ministerien der Zentrale und die zahlreichen Industrieverwaltungsämter auf Provinzebene die meisten Staatsunternehmen fest unter ihrer Kontrolle und hindern die Betriebe, sich zu unabhängig wirtschaftenden Unternehmen zu entwickeln. Die bereits im Oktober 1980 im Grundsatz beschlossene Auflösung der zentralen Industrie ministerien (wie z.B. die Ministerien für Textil-, Chemie-, Kohle- und Maschinenbauindustrie) konnte bis heute nicht verwirklicht werden - ganz zu schweigen von den zahlreichen alt-eingesessenen "Gesellschaften" (gongsi), die zwischen den Industrie ministerien und den einzelnen Betrieben angesiedelt sind. Darüber hinaus sind eine Reihe von neuen "Gesellschaften" auf den unteren Ebenen lediglich Gründungen der lokalen Industriebürokratie zur Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle über die Betriebe unter neuem Namen. Der Machtkampf um die Betriebe wird zusätzlich noch dadurch

kompliziert, daß die betrieblichen Parteisekretäre auf ihren angestammten Rechten pochen, so daß reformfreundige Fabrikdirektoren der ständigen Gefahr ausgesetzt sind, zwischen den Mühlsteinen der übergeordneten Industriebürokratie und der betrieblichen Parteisekretäre zerrieben zu werden.

- Die sog. "Strukturreform" des Jahres 1982, die eine beträchtliche Verringerung der Regierungsorgane, des Verwaltungspersonals und der Verwaltungskosten zum Ziel hatte, ist vollständig gescheitert. Sowohl die Zahl der Regierungsorgane als auch die Zahl der Verwaltungskader ist heute höher als 1982, und die Verwaltungskosten sind erheblich gestiegen statt gesunken.

- Trotz mehr als dreijähriger Bemühungen im Rahmen der Ausrichtungsbewegung der KPCh ist es nicht gelungen, den sog. "Arbeitsstil" der KPCh grundlegend zu verbessern. Im Gegenteil, die KPCh erscheint heute korrupter und dekadenter als jemals zuvor. Ganz offensichtlich haben sich die partei-internen Kontrollinstanzen, wie die Disziplinarkontrollkommissionen und die Ausrichtungskommissionen, als völlig unzureichend erwiesen, die Partei aus dem Sumpf der Korruption und des Amtsmißbrauchs für private Zwecke herauszuziehen. Die vielgepriesenen Selbstheilungskräfte der KPCh haben versagt. Offensichtlich müssen die Parteimitglieder - und unter ihnen vor allem die Führungskader in Partei, Staat und Armee - auch einer wirksamen Kontrolle von außen unterzogen werden. Zumindest müssen für sie die Gesetze und die Rechtsprechung in gleichem Maße gelten wie für den normalen Bürger - eine Forderung, die auch im Zusammenhang mit der politischen Reformdiskussion erneut erhoben worden ist.

Für die von Deng Xiaoping und den marktorientierten Reformkräften geforderten politischen Reformen gibt es offenbar noch kein vollständiges Konzept. Auch innerhalb der Meinungsgruppe der marktorientierten Reformkräfte scheint es unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema zu geben. Dies ist wahrscheinlich auch ein Grund, weshalb zumindest die Geisteswissenschaftler aufgefordert worden sind, sich in dieser Frage offen zu äußern.

Tatsächlich scheinen die akademischen Diskussionen bisher in einer recht freien Atmosphäre abgehalten worden zu sein, denn wie läßt es sich sonst erklären, daß auf einem Symposium der ZK-Parteischule (sic!) von einem jüngeren Wissenschaftler die These von der "Notwendigkeit eines Mehrparteiensystems"

- im heutigen China, wohlge merkt! - vertreten werden konnte? (WEN HUI BAO, Hongkong, 21. u. 22.7.86, nach SWB, 25.7.86)

In den letzten Monaten sind zahlreiche Konferenzen zum Thema der politischen Reformen abgehalten worden, darunter die folgenden:

- Im Mai veranstaltete die Zeitschrift ZHONGGUO SHEHUI KEXUE (Chinesische Sozialwissenschaften) eine diesbezügliche Tagung.
- Vom 16. bis 20. Juni fand in Taiyuan ein politikwissenschaftliche Konferenz zu Fragen der Regierungsarbeit statt (GMRB, 28.7.86; siehe auch C.a., Juli 1986, Ü 10).
- Vom 10. bis 12. Juli hielt die ZK-Parteischule auf Initiative von Deng Xiaoping ein Seminar über die Reform des politischen Systems ab (siehe RMRB, 15.7.86; DGB, 16.7.86, nach SWB, 19.7.86; Liaowang, Auslandsausgabe, 21.7.86, nach SWB, 25.7.86; Xinhua, 20.7.86, nach SWB, 22.7.86).
- Vom 16. bis 19. August wurde in der Provinz Liaoning eine diesbezügliche Tagung veranstaltet (Radio Liaoning, 22.8.86, nach SWB, 26.8.86).

Will man die bisherigen Beiträge zum Thema der Reform des politischen Systems zusammenfassen, so bietet es sich an, die verschiedenen Vorstellungen nach folgenden Kategorien zu unterscheiden:

- 1) beschriebene Mängel des bestehenden politischen Systems,
- 2) Ziele und grundlegende Inhalte der angestrebten politischen Reformen,
- 3) vorgeschlagene politische Reformmaßnahmen.

Die nachfolgende Aufstellung soll einen ersten, vorläufigen Überblick geben über die verschiedenen Vorstellungen, die bisher zu diesem Thema vorgebracht worden sind. Dabei fällt auf, daß bisher nur sehr wenig konkrete Reformmaßnahmen vorgeschlagen und detailliert beschrieben worden sind. So wird z.B. häufig die "Erweiterung der sozialistischen Demokratie" und die "Trennung zwischen den Regierungsfunktionen und den Funktionen der Partei" gefordert, ohne daß dies näher ausgeführt wird.

- 1) Folgende Mängel des bestehenden politischen Systems wurden in den bisherigen Beiträgen genannt:
 - Zu starke Konzentration von politischer Macht.
 - Die uneingeschränkte Macht der Partei über Parlament, Regierung und Justiz verletzt die Unabhängigkeit der drei Gewalten.
 - Fehlen von wirksamen Überwachungsmöglichkeiten und Kon-

- trollmechanismen gegenüber der politischen Führung.
- Weitverbreiteter Bürokratismus und ineffiziente Regierungsarbeit.
 - Die Einmischung der Partei in die Arbeit der Regierung und die Einmischung der Regierungsorgane in die Arbeit der Wirtschaftsunternehmen behindern in schwerwiegendem Maße die Verwirklichung der Wirtschaftsreformen.
 - Das Volk kann seine in der Verfassung verbrieften demokratischen Rechte (wie z.B. das Recht auf Wahl und Abwahl) und Freiheiten (wie z.B. der Rede, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung und der Demonstration) nicht vollständig und wirksam ausüben.
 - Politik ist die Angelegenheit einer kleinen Anzahl von Leuten.
 - Die Macht der Legislativorgane (Volkskongreß) und der Abgeordneten ist zu schwach. Die Möglichkeit der Kontrolle und Beeinflussung der Exekutivorgane (Staatsrat, Volksregierungen) durch die Legislative ist viel zu begrenzt.
 - Die Möglichkeit der Kontrolle der Legislativ- und der Exekutivorgane durch die Justiz ist viel zu gering.

2) Folgende Ziele und grundlegende Inhalte der angestrebten politischen Reformen wurden in den bisherigen Beiträgen genannt:

- Demokratisierung des politischen Systems.
- Beseitigung absoluter, d.h. nicht kontrollierbarer Macht.
- Demokratisierung der politischen Lebens der Partei und des Staates.
- Verbesserung der Kontrollmechanismen innerhalb des politischen Machtapparats.
- Überwindung des Bürokratismus.
- Erhöhung der Arbeitseffizienz der Regierungsorgane.
- Demokratisierung der Wirtschaftsführung.
- Wirksame Garantie der in der Verfassung verbrieften demokratischen Rechte und Freiheiten.
- Größere Beteiligung des Volkes an der Politik.
- Beseitigung des Einflusses der feudalistischen Ideologie, die in vielen Defekten des politischen Systems ihren Ausdruck findet, wie z.B. im Bürokratismus, Nepotismus, Amtsmissbrauch für private Zwecke, patriarchalischer und autokratischer Führungsstil usw.

3) Folgende politische Reformmaßnahmen wurden in den bisherigen Beiträgen genannt:

- Tatsächliche Gewährung und wirksame Garantie der Rede- und Veröffentlichungsfreiheit u.a. durch baldige Verabschiedung entsprechender Gesetze, wie z.B.

- ein Pressegesetz und ein Publikationsgesetz.
- Das Recht auf freie Meinungsäußerung muß dem Volk eingeräumt werden, damit eine "demokratische Überwachung" möglich wird.
- Das Recht der Bürger auf freie Meinungsäußerung muß auch für die Diskussion von politischen Fragen gelten. Darüber hinaus müssen den Bürgern das Recht und die praktischen Möglichkeiten eingeräumt werden, ihre Ansichten - auch zu politischen Fragen - zu veröffentlichen.
- Die Massenmedien müssen stärker als bisher die Arbeit von Partei und Regierung überwachen.
- Klare Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen Partei- und Regierungsorganen auf allen Ebenen.
- Klare Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen Partei- und Volksvertretungsorganen auf allen Ebenen.
- Klare Trennung der Funktionen von Regierung und Wirtschaftsunternehmen.
- Angemessene Dezentralisierung von politischen Entscheidungsbefugnissen.
- Stärkung der Rolle der Volkskongresse und ihrer Ständigen Ausschüsse als Kontroll- und Überwachungsorgane gegenüber der Regierung.
- Politische Entscheidungen müssen auf eine wissenschaftliche Basis gestellt werden. Wissenschaftler und andere Fachleute sind vor politischen Entscheidungen zu konsultieren.
- Die Rolle der demokratischen Parteien muß - unter der Führung durch die KPCh (sic!) - weiter verstärkt werden.
- Die Verwaltungsstruktur muß vereinfacht werden, und die Zahl der Verwaltungsorgane und der Verwaltungskader muß erheblich verkleinert werden.
- Weitere Verbesserung des Rechtssystems.
- Die Unabhängigkeit der Justiz muß zum Prinzip erhoben werden, und bei der Anwendung der Gesetze müssen die Grundsätze der Allgemeingültigkeit, Gleichheit und Unparteilichkeit wirksam garantiert werden.
- Verabschiedung eines Verwaltungsrechts und Etablierung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.
- Eine Kontrollinstanz für die Verwaltung und ein Verwaltungsprozeßrecht müssen eingeführt werden.
- Da die parteiinterne Kontrolle nicht perfekt ist, muß die KPCh auch einer gewissen Überwachung von außen unterzogen werden. Die Parteidisziplin darf die Gesetze nicht ersetzen, und jedes Parteimitglied, das gegen die Gesetze verstoßen hat, muß entsprechend den rechtlichen Verfahren

angeklagt und verurteilt werden.

(Quellen zum Thema der politischen Reformen: WEN HUI BAO, Shanghai, 8.8.86, nach SWB, 22.8.86; WEN HUI BAO, Hongkong, 21. u. 22.7.86, nach SWB, 25.7.86; GMRB, 14./30.7.86; RMRB, 1./15./30. 8.86; HUANGJIN SHIDAI, nach MING BAO, Hongkong, 12.8.86, in: SWB, 15.8.86; Liaowang, Auslandsausgabe, 21. 7.86, nach SWB, 25.7.86; ZHONGGUO SHEHUI KEXUE (Chinesische Sozialwissenschaften), nach WEN HUI BAO, Hongkong, 7. u. 8.8.86, in: SWB, 14.8.86)

Einem Untersuchungsbericht der Stadt Beijing zufolge sollten die politischen Reformmaßnahmen von folgenden Prinzipien geleitet sein:

- Zuerst dezentralisieren und danach die Verwaltung zurechtstutzen.
 - Zuerst die Funktionen und danach die Organisationen selbst verändern.
 - Zuerst das Regierungssystem und danach das Parteisystem neu strukturieren.
 - Zuerst die Wirtschaftsabteilungen und danach die anderen Abteilungen restrukturieren.
 - Zuerst das Neue aufbauen und danach das Alte zerstören.
 - Zuerst Versuchseinheiten einrichten und danach die Erfahrungen verbreiten.
- (nach MING BAO, Hongkong, 12.8.86, in: SWB, 15.8.86)

Die bisher in der öffentlichen Diskussion geäußerten Ansichten über die Mängel des bestehenden politischen Systems und über die Ziele und die Maßnahmen der anzustrebenden politischen Reformen gehen teilweise erheblich auseinander. Die meisten der bisher vorgebrachten Meinungen scheinen sich zwei unterschiedlichen Grundsatzzpositionen zuordnen zu lassen:

- Eine Gruppe will grundsätzlich an der Führungsrolle der KPCh im politischen Leben Chinas festhalten und ist nur unter dieser Vorbedingung bereit, Veränderungen im politischen System vorzunehmen. Die Partei soll sich aus machtpolitisch irrelevanten Bereichen zurückziehen, jedoch machtpolitisch die Option behalten, im Bedarfsfall korrigierend in diese Bereiche eingreifen zu können. Eine striktere Trennung der Aufgabenbereiche von Partei und Regierung soll vorgenommen werden, und die Partei- und Regierungsorgane sollen sich nicht mehr in die betriebswirtschaftlichen Belange der Unternehmen einmischen. Bei politischen Entscheidungen sollen stärker als bisher Wissenschaftler und "demokratische" Politiker zur Beratung herbeigezogen werden, um so zu einer "Verwissenschaftlichung und Demokratisierung der politischen

Entscheidungsfindung" zu kommen. Diese Position wird offenbar von den meisten Politikern des Reformflügels vertreten, darunter auch Deng Xiaoping. Deng zufolge sollen die politischen Reformen dazu dienen, die Führung durch die KPCh zu verbessern, die Aufgaben von Partei und Verwaltung strikt zu trennen und den Bürokratismus zu beseitigen (Deng im Gespräch mit Y. Kakeiri am 3.9.86, nach XNA, 4.9.86). Die Intentionen dieser Gruppe scheinen also darin zu bestehen, das politische System der Einparteiherrschaft der KPCh vor allem hinsichtlich der Effizienz zu verbessern und die teilweise beträchtlichen Widerstände gegen die Wirtschaftsreformen auf dem staatseigenen Sektor zu beseitigen.

- Für die andere Gruppe, der offenbar ausschließlich Wissenschaftler angehören, liegt der Hauptmangel des bestehenden politischen Systems der VRCh in dem weitgehenden Fehlen von demokratischen Elementen. Sie fordert vor allem eine wesentlich stärkere Beteiligung des Volkes an der Politik über die Parlamente und die Massenmedien. Die uneingeschränkte Macht der Kommunistischen Partei über das Parlament, die Regierung und die Justiz soll beseitigt werden. Parlament, Regierung und Justiz sollen zu unabhängigen Gewalten werden, wobei sich die KPCh als eine politische Partei (und damit nur ein Teil des Volkes) diesen Gewalten zu unterstellen hat. Das nationale Parlament soll im wahrsten Sinne des Wortes zum höchsten Organ der Staatsmacht - oder besser: Volksmacht - werden. Die Demokratisierung des politischen Systems (und nicht nur die Trennung der Funktionen von Partei und Regierung) ist also die Hauptforderung dieser Gruppe. Ihre Vorstellungen laufen letztlich auf eine grundsätzliche Veränderung des bestehenden politischen Systems der Einparteiherrschaft der KPCh hinaus.

Zwischen diesen beiden dargestellten Gruppen stehen Positionen wie z.B. die von Su Shaozhi, dem Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus und für Mao-Zedong-Ideen der Akademie für Sozialwissenschaften. Für Su müssen die ergriffenen Wirtschaftsreformen unbedingt mit "einer Modernisierung des politischen Systems, einer Modernisierung der gesellschaftlichen Kultur und einer ideologischen Modernisierung" einhergehen, um weiterentwickelt und konsolidiert werden zu können (RMRB, 15.8.86). Die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Wirtschaftsreform seien nicht auf die Einführung von Marktmechanismen zurückzuführen, sondern auf "das grundsätzliche Problem, daß die Rechte des Volkes auf Beteiligung an der Politik, auf

freie Meinungsäußerung und auf Mitbestimmung nicht vollständig garantiert sind". Eine weitere Ursache sind nach Ansicht von Su Shaozhi der Einfluß des Feudalismus und das Fehlen einer demokratischen Tradition, die er für die Autokratie und den Amtsmissbrauch für Privatzwecke verantwortlich macht. Aus seinen Ausführungen ist jedoch zu entnehmen, daß auch für ihn der Mangel an Demokratie das eigentliche Problem darstellt.

Im Zusammenhang mit der laufenden Reformdiskussion sind bisher folgende konkrete Reformmaßnahmen im politisch-wirtschaftlichen Bereich beschlossen worden:

- Das System der alleinigen Verantwortung des Fabrikdirektors (changzhang fuze zhi) soll landesweit in allen Unternehmen auf den unteren Ebenen eingeführt werden. Dieses System wird seit 1984 in über 27.000 Betrieben probeweise praktiziert. Es ersetzt das System der Verantwortung des Fabrikdirektors unter der Führung des Parteikomitees (dangwei lingdao xia de changzhang fuze zhi) und soll die Einmischung der Fabrikpartei-sekretäre in die betriebswirtschaftlichen Belange der Unternehmen unterbinden. (WEN HUI BAO, Hongkong, 21. u. 22.7.86, nach SWB, 25.7.86; siehe auch HQ, 1.8.86, S. 9-12). Die bisherigen Erfahrungen sind jedoch nicht sehr ermutigend, und es wird flankierender politischer Maßnahmen bedürfen, um die Macht der Fabrikpartei-sekretäre zu brechen.

- In 16 mittelgroßen Städten werden seit Mai 1986 unter der Bezeichnung "Strukturreform" (jigou gaige) konkrete organisatorische Maßnahmen ergriffen, um folgende Ziele zu erreichen:

- Trennung von Partei- und Regierungsaufgaben,
- Trennung von staatlicher Verwaltung und Betriebsmanagement (u.a. durch Einschränkung der Aufgaben und Befugnisse der lokalen Regierungsorgane),
- Verringerung und Verkleinerung der Verwaltungsorgane,
- Verringerung des Verwaltungspersonals.

(RMRB, 29.8.86; XNA, 30.8.86)

- In Shanghai gab die Stadtregierung bekannt, daß alle 77 Industrieverwaltungsgesellschaften aufgelöst werden sollen, um den ihnen bisher unterstehenden Betrieben mehr Entscheidungsfreiheit zu geben. Als Organe der verschiedenen Industrieverwaltungsämter der Regierung waren die Industrieverwaltungsgesellschaften bisher den Regierungsämtern und den einzelnen Betrieben zwischengelagert. Künftig werden die staatseigenen

Betriebe also direkt den staatlichen Industrieverwaltungsämtern unterstehen. In diesem Zusammenhang beschloß die Shanghaier Stadtregierung, daß die Industrieverwaltungsämter künftig nur noch eine "indirekte Kontrolle" über die ihnen unterstehenden Betriebe ausüben sollen. (XNA, 31.7. u. 4.8.86)

Wie wird es weitergehen? Die politische Führung scheint sich auf ein sehr vorsichtiges Vorgehen in der Frage der politischen Reformen geeinigt zu haben. ZK-Propagandachef Zhu Houze zufolge soll die gesamte Problematik zunächst einmal ein Jahr lang "studiert" werden, bevor weitergehende Beschlüsse erwartet werden können (WEN HUI BAO, Hongkong, 28.7.86, nach SWB, 1.8.86). Die Fortsetzung der offenen Diskussionen über die Reform des politischen Systems ist auf der Konferenz von Beidaihe im Juli/August auf höchster Parteiebene abgesegnet worden (WEN HUI BAO, Hongkong, 8.8.86, nach SWB, 12.8.86). Dies stellt an sich schon einen großen Fortschritt in der politischen Kultur der Volksrepublik China dar.

In diesem Zusammenhang hat die VOLKSZEITUNG in einem überaus bemerkenswerten Kommentar unter der Überschrift "Politische Fragen können diskutiert werden" am 30. August die kontroverse Diskussion politischer Fragen als ein "in der Verfassung verbrieftes, geheiligtes und unverletzliches Recht eines jeden Bürgers" bezeichnet. Der Kommentar verteidigte implizit die Entscheidung der Parteiführung, die offene Diskussion über politische Reformen zuzulassen, indem er feststellte, daß vor einer politischen (Grundsatz-)Entscheidung (wie z.B. über die Reform des politischen Systems; Anm. d. Verf.) die zur Entscheidung anstehende politische Problematik diskutiert werden könne. Es widerspreche keinesfalls den "Vier grundlegenden Prinzipien", der Parteidisziplin und den Gesetzen, wenn man den Volksmassen das Recht einräume, politische Fragen zu diskutieren - ganz im Gegenteil, man entspreche damit den darin niedergelegten Anforderungen! Der Kommentar des ZK-Organs schloß mit einer noch weitergehenden Forderung: "Das Ziel unseres sozialistischen politischen Aufbaus ist die Verwirklichung einer hochentwickelten Demokratie. Gemäß den Anforderungen dieses Ziels reicht es bei weitem nicht aus, den Massen nur das Recht auf politische Diskussionen zuzugestehen, sondern man muß sie auch noch aktiv ermuntern, ihre eigenen Ansichten zu politischen Fragen darzulegen, und ihnen hierfür Gelegenheiten bieten und Voraussetzungen schaffen. Dies ist ein neues Konzept, das wir uns beim

Aufbau einer hochentwickelten sozialistischen Demokratie zu eigen machen müssen."

Wie ernst es der politischen Führung mit der Gewährung des Rechts auf freie politische Meinungsäußerung ist, wird sich jedoch nicht nur am weiteren Verlauf der Diskussionen über die Reformen des politischen Systems ablesen lassen können, sondern auch daran zeigen, ob auf Jahre in Einzelhaft geworfene demokratische Oppositionelle wie Wei Jingsheng oder Xu Wenli freigelassen und rehabilitiert werden. Sie hatten bereits 1979/80 in Wort und Schrift letztlich nichts anderes vertreten als das, was manche demokratisch orientierte Politikwissenschaftler in den letzten Monaten an politischen Reformen vorschlugen. Werden Wei und Xu im Verlauf der großen Debatte vom Stigma der "Konterrevolution" befreit werden, oder werden am Ende gar jene Politikwissenschaftler, die jüngst mehr Demokratie und eine beträchtliche Einschränkung der bisherigen politischen Rolle der Partei forderten, als "Konterrevolutionäre" verdammt werden? Die neue Einstellung der politischen Führung in der Frage der öffentlichen Diskussion politischer Fragen stimmt hoffnungsvoll - die historischen Erfahrungen lehren hingegen Vorsicht.

*
*
*
*
*
*
*

DOKUMENT

Satzung der Chinesischen Konfuzius-Stiftung

*
*

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Stiftung ist eine landesweite akademische Vereinigung der Massen, die staatlich unterstützt wird.

Art. 2

Ziel der Stiftung ist es, die akademische Welt des ganzen Landes, zu vereinen und zu organisieren, um das Gedankengut des Konfuzius, der konfuzianischen Schule und der traditionellen chinesischen Kultur historisch, von allen Seiten, systematisch und eingehend wissenschaftlich zu untersuchen. Dies erfolgt nach den Prinzipien "die Wahrheit in den Tatsachen suchen", "die Spreu vom Weizen sondern" und "das Alte für das Neue nutzbar machen". Die hervorragende Tradition des Konfuzius, der konfuzianischen Lehre und der glorreichen alten chinesischen Kultur soll weiterentwickelt werden, um die sozialistische geistige Zivilisation zu bereichern und einen aktiven Beitrag für die Verwirklichung des Aufbaus der Vier Modernisierungen zu leisten.

Art. 3

Die leitenden Prinzipien der Stiftung sind der Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Gedanken.

II. Mitglieder

Art. 4

Jeder, der mit den obigen Grundsätzen übereinstimmt und einen persönlichen Antrag stellt, kann nach Zustimmung durch den Vorstand Mitglied der Stiftung werden.

Art. 5

Die Stiftung errichtet keine Zweigesellschaften (Unterorganisationen), und sie nimmt keine korporativen Mitglieder auf.

Art. 6

Die Mitglieder müssen die Satzung dieser Stiftung einhalten und die von der Stiftung übertragenen Aufgaben aller Art erfüllen; sie genießen das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf Kritik sowie alle anderen von der Stiftung festgesetzten Rechte.

III. Vorstand

Art. 7

Durch Beratungen repräsentativer Persönlichkeiten aller Bereiche werden mehrere Personen gewählt, die den Vorstand der Gesellschaft bilden.

Art. 8

Der Vorstand stellt das oberste Leitungsgremium der Stiftung dar.

Art. 9

Der Vorstand bestimmt mehrere Personen als Ständige Vorstandsmitglieder, die den Ständigen Vorstand bilden und zwischen den Sitzungsperioden die Befugnisse des Vorstandes haben.

Art. 10

Der Vorstand ernennt einen Ehrenpräsidenten und einen Ehrenchefberater sowie weitere Ehrenberater, die als Führer bei politischen Entscheidungen und Berater der Stiftung fungieren.

Art. 11

Der Vorstand bestimmt einen Präsidenten der Gesellschaft, der verantwortlich die Arbeit der Stiftung leitet, sowie mehrere Vizepräsidenten, die den Präsidenten bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen.

Art. 12

Der Vorstand legt die grundlegende Politik der Stiftung fest, formuliert Satzungsänderungen und stellt den Arbeitsplan auf.

IV. Arbeitsorgane

Art. 13

Die Stiftung richtet den Posten eines Generalsekretärs ein, der dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Stiftung bei der Ausführung der Arbeit hilft; außerdem werden vom Generalsekretär mehrere stellvertretende Generalsekretäre ernannt, die jeweils für die tägliche Geschäftsführung zuständig sind.

Art. 14

Die Stiftung richtet einen Wissenschaftsausschuß, einen Fondsausschuß und einen Ausschuß zur Erforschung der Altertümer in Konfuzius' Geburtsort ein, um die Grundsätze der Stiftung zu verwirklichen und ihre Aufgaben zu erfüllen.

A. Wissenschaftsausschuß

1. Dieser wird gebildet aus einem Vorsitzenden, mehreren Vizevorsitzenden, einem Generalsekretär und mehreren Ausschußmitgliedern.
2. Er ist verantwortlich für Organisation, Planung und Leitung aller wissenschaftlichen Aktivitäten der Stiftung, einschließlich des wissenschaftlichen Austausches zwischen In- und Aus-